

Werner Bundschuh

Das „Kartell des Schweigens“ bekommt Risse

Zuerst erschienen in: Hanno Loewy, Peter Niedermair (Hg.): Hier. Gedächtnisorte in Vorarlberg 38-45, Hohenems-Wien: Bucher Verlag 2008, S. 126-147

Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes kam Vorarlberg im Mai 1945 zur französischen Besatzungszone. Die Befreier von der NS-Herrschaft blieben bis 1953 im Land. Zwei Jahre später wurde der Staatsvertrag unterzeichnet, der Österreich wieder die volle Souveränität gab.

Vorarlberg war für die einmarschierenden Franzosen ein "Pays d'amis" – Freundesland, so damals die Aufschrift auf einer Tafel am Grenzübergang über die Leiblach. Vorarlberg, das gegen den Willen der einheimischen Nationalsozialisten mit Tirol zu einem Gau zusammengeschlossen worden war, wurde wieder als selbstständiges Bundesland hergestellt. An der Spitze des von den Franzosen eingesetzten „Landesausschusses“ stand der Dornbirner Landwirt Ulrich Ilg. Er hatte bereits während der austrofaschistischen „ständestaatlichen“ Ära (1933–1938) der Landesregierung angehört und war unter Kanzler Dollfuß Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft gewesen. Von 1945 bis 1964 war er der von der ÖVP gestellte Vorarlberger Landeshauptmann.

Den französischen Behörden schwebte eine administrative und personelle „Entnazifizierung“ des Landes vor. Die personelle Säuberung, also die administrative und (straf)rechtliche Dénazification, sollte durch eine geistige und kulturelle Entgiftung, die Désintoxication, ergänzt werden. Die Désannexion wollte nicht nur eine rechtliche, sondern vor allem eine mentalitätsmäßige Trennung der Österreicher (und Österreicherinnen) von den Deutschen herbeiführen. Das Ziel war, eine an die Wurzel gehende Demokratisierung zu erreichen.

Der Plan einer umfassenden „Denazification“ – „Entnazifizierung“ – der deutschen und österreichischen Nachkriegsgesellschaft war im Beraterstab des US-Generals Dwight D. Eisenhower entworfen worden und umfasste folgende Punkte:

Die NSDAP sollte aufgelöst werden, nationalsozialistisches Gedankengut aus den Gesetzen und Verordnungen verschwinden, NS-Straßennamen und NS-Denkmäler aus dem öffentlichen Raum entfernt werden, das Vermögen und die Unterlagen der NSDAP beschlagnahmt werden, Privilegien aus der NS-Zeit beseitigt und die NS-Führungsschicht interniert werden, die NSDAP-Schicht sollte aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen und jede Form von NS-Indoktrination unterbunden werden.

Nach dem Krieg: Fragwürdige „Entnazifizierung“

Jede neue zeitgeschichtliche Untersuchung zu diesem Themenkomplex zeigt, wie Theorie und Praxis der „Entnazifizierung“ auch in Vorarlberg auseinanderklafften: Jede neue Detailuntersuchung zum Bregenzerwald, zum Klostertal, zum Silbertal, zu Dornbirn oder zu Lustenau schärft das Bild einer christlichsozial ausgerichteten Restauration, in der die „Ehemaligen“ ihren Platz gefunden haben.

In den ersten Friedensmonaten hatte es zunächst zwar parteiähnliche Gruppierungen, aber offiziell keine Parteien gegeben. Die französischen Militärbehörden kooperierten deshalb mit der ÖDW, der "Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg" – einer Nachkriegsgründung, die im Laufe des Jahres 1945 auf 72 Ortsgruppen mit circa 1400 Mitgliedern anwuchs. In den

ersten Wochen nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft spielten diese Gruppen eine bedeutende Rolle, da sie die Ansprechpartner des französischen Militärs waren. Außerdem hatten etliche Mitglieder ihren – wenn auch letztlich bescheidenen – Beitrag zur Befreiung des Landes geleistet. Ihre Orts- und Personenkenntnis war für die Franzosen unerlässlich. Im September 1945 änderte sich die Lage, als der Alliierte Rat für Österreich die ÖVP (Österreichische Volkspartei), die SPÖ (Sozialistische Partei Österreichs) und die KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs) als demokratische Parteien anerkannte. Das drängte die ÖDW nach und nach ins politische Aus, weil nun Parteien mit eigenen Strukturen an ihre Stelle traten.

Damals existierte bereits das „Verfassungsgesetz über das Verbot der NSDAP“. In ihm wurde auch die Registrierung der Nationalsozialisten verfügt, es wurden Strafbestimmungen gegen so genannte „Illegale“ und „schwer belastete“ Nationalsozialisten und deren Förderer erlassen sowie Volksgerichte zur Aburteilung der NS-Verbrecher geschaffen.

Laut Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946 übergaben die Franzosen die Lager Lochau und Rungelin – Anhaltelager für belastete Nationalsozialisten – an österreichische Dienststellen. Hier befanden sich zu diesem Zeitpunkt 486 Häftlinge. 58 von ihnen wurden Kriegsverbrechen zur Last gelegt. Das Anhaltelager Brederis blieb zunächst weiterhin unter französischer Kontrolle. In diesem Lager waren an die 400 "Schwerbelastete" inhaftiert, unter ihnen die führenden Vorarlberger Textilindustriellen.

Eine Drei-Parteien-Vereinbarung von ÖVP, SPÖ und KPÖ vom 30. März 1946 hatte den Übergang vom individuellen zum kollektiven Entnazifizierungsverfahren und eine Gruppeneinteilung mit zwingenden "Sühnefolgen" für "Belastete" und "Minderbelastete" festgelegt. In diesem Zusammenhang wurde begonnen, einfache Mitglieder ganzer Organisationen (z.B. des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps und des Nationalsozialistischen Fliegerkorps) von der Registrierung auszunehmen – ein Verfahren, das mit den NS-Gesetzen 1947 ausgedehnt wurde.

Österreich zählte im Jahr der Befreiung von der NS-Herrschaft rund 550.000 Mitglieder der NSDAP, der SS oder anderer nationalsozialistischer Organisationen, das waren knapp acht Prozent der Wohnbevölkerung. Zusammen mit den Familienangehörigen war damit rund ein Viertel der österreichischen Bevölkerung betroffen. In Vorarlberg bezog sich die Registrierungspflicht auf rund 20.000 Menschen, circa neun Prozent der Bevölkerung. Die ehemaligen "Illegalen" – Personen, die zwischen dem 1. Juli 1933 und dem 13. März 1938 (also vor dem „Anschluss“ Österreichs) der NSDAP oder einer Unterorganisation angehört hatten – wurden von der Leitung von Betrieben ausgeschlossen, "illegale" Arbeitnehmer wurden entlassen und einzelne „Illegale“ auch verhaftet.

Das NS-Gesetz 1947 sah neben der Registrierung der ehemaligen Nationalsozialisten die Säuberung von Staat und Wirtschaft, Berufsverbote, Sühnemaßnahmen, Ausschluss von Wahlen und andere Maßnahmen vor. Die Trennung in „Schuldige“ und bloße „Mitläufer“ war allerdings schwierig, und die persönliche Nähe von ehemaligen Nationalsozialisten und unbelasteten Alt- und Neu-Politikern in einem so kleinen Land wie Vorarlberg begünstigte in den Gemeinden die Erteilung der Absolution für politisches Fehlverhalten während der Nazizeit. Auch Landeshauptmann Ulrich Ilg und Eduard Ulmer, der Wirtschaftsreferent der Landesregierung, vertraten gegenüber den "Ehemaligen" eine weiche Haltung. Denn sie waren der Meinung, dass besonders die Industriellen – und sie gehörten fast durchwegs zur Kategorie der "Schwerbelasteten" – für den Wiederaufbau benötigt würden.

Die „Entnazifizierung“ bezog sich auch auf die Entlassung und Abschiebung von „Reichsdeutschen“. Ein Beispiel sei angeführt: Walter Didlankies war von 1939 bis 1945 NS- Landrat in Bregenz. Er verschwieg in seiner Nachkriegsbiographie, nach seiner Rückkehr nach Deutschland, erfolgreich seine Bregenzer Jahre und fand als Geschäftsführer der „Wiederaufbaugesellschaft Espelkamp“ beim Evangelischen Hilfswerk ein neues Betätigungsfeld.

In der Praxis stellten sich der "Entnazifizierung" kaum überwindbare Hindernisse entgegen. Resignierend heißt es dazu im "Bericht der Landesstelle Vorarlberg des ÖGB" 1946:

"Die mit der Wirtschaftssäuberung verbundenen Arbeiten gleichen einem Bandwurm ohne Ende. Sie zählen zu den schwierigsten und undankbarsten Arbeiten des Landessekretariates und das Ergebnis steht in keinem Einklang zu der hierfür aufgewendeten Zeit und Mühe ... Wohl haben die französischen Besatzungsbehörden gleich nach der Befreiung eine gewisse Anzahl nazistisch Belasteter, darunter auch einige größere Fabrikanten in Haft gesetzt oder in Anhaltelager gebracht und für deren Betriebe Zwangsverwalter bestellt. Doch zur Hauptsache waren die Lager mit kleinen Nazis gefüllt, während andere viel stärker Belastete sich der Freiheit erfreuen konnten."

Unterschlupf fanden die Ehemaligen in allen neuen demokratischen Parteien. Ein bekannter Fall innerhalb der ÖVP zum Beispiel ist der des Industriellen Rudolf Hämmerle: Trotz seiner nachweisbaren Unterstützung der Nationalsozialisten und seines Eintretens für diese Ideologie wurde er im "christlichen Ständestaat" in Dornbirn zum Stadtrat berufen (1934 bis 1937). Während des "Dritten Reiches" wurde er einer der "Dornbirner Ratsherren". Als "Schwerbelasteter" kam er nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft ins Anhaltelager Brederis. Dann erfuhr seine kommunalpolitische Tätigkeit für fünf Jahre eine Unterbrechung, anschließend wurde er wieder Stadtrat – für Wirtschaft. Bis 1970 saß er für die ÖVP im Nationalrat.

NS-Vergangenheit und Tagespolitik: vergeben und vergessen

Die wirtschaftlich führenden Kräfte im Land hatten nach 1945 ein eminentes Interesse an einer möglichst verharmlosenden Darstellung der NS-Zeit. Sie sorgten auch für eine entsprechende Geschichtsschreibung. Eine besondere Rolle kam dabei Dr. Hans Nägele zu.

Der ehemalige Chefredakteur des nationalsozialistischen „Vorarlberger Tagblattes“ verfasste im Auftrag der Textilindustriellen Unternehmerbiographien und Firmendarstellungen – eine Haus- und Hofgeschichtsschreibung unter Ausblendung aller kritischen Aspekte der NS-Herrschaft, ihrer Wirtschaftspolitik und der Rolle Vorarlberger Unternehmer. Auf Grund seiner dominierenden Stellung in der Vorarlberger Wirtschaftsgeschichtsschreibung beeinflusste Nägele das Bild der NS-Zeit bis in die Achtzigerjahre ganz maßgeblich.

Ein Blick auf die Kandidatenlisten bei den Landtagswahlen zeigt, wie stark der Anteil der „Ehemaligen“ auch in der Vorarlberger Parteienlandschaft war: Mit der Kandidatur des VdU/WdU (Verband bzw. Wahlverband der Unabhängigen) 1949 und der FPÖ in den Fünfzigerjahren wuchs dieser Anteil rapid an: Er überstieg bei der FPÖ zum Teil die Fünfzigprozentmarke.

Bei den freien Berufen war der NS-Parteigenossenanteil besonders hoch: Circa 50 Prozent der Rechtsanwälte und der Spitals- und Vertragsärzte waren registrierungspflichtig, im öffentlichen Dienst zählte man nach dem Verbotsgesetz 1945 in Vorarlberg 41 Prozent Registrierungspflichtige, darunter besonders viele Lehrer.

Bereits 1945 hatten die beiden Großparteien begonnen, um die Gunst der ehemaligen Nationalsozialisten zu buhlen. Die Großparteien ÖVP und SPÖ wollten verhindern, dass der jeweilige Gegner Vorteile aus der politischen Heimatlosigkeit dieses Personenkreises zog. Auf sozialistischer Seite bestand großes Interesse daran, die bürgerliche Seite durch die Wiederzulassung des "nationalen Lagers" zu schwächen. Mit aktiver Unterstützung des sozialistischen Innenministers Helmer wurde der Verband der Unabhängigen (VdU bzw. WdU) als Sammelbecken der Ehemaligen aus der Taufe gehoben. Außerdem hatte sich durch den „Kalten Krieg“ die politische Großwetterlage völlig verändert. Der Kampf gegen den Kommunismus begünstigte den Brückenschlag zu den „Ehemaligen“.

Mitverantwortliche und Mitwisser des NS-Terrorregimes, Mitläufer und Opportunisten versuchten ihre Involvierung ins Unrechtssystem zu verniedlichen und herunterzuspielen, indem sie sich hinter einem

fragwürdigen Begriff von Pflichterfüllung verschanzten. So genannte "Persilscheine" waren begehrt. Die Einschätzung durch die Behörden änderte sich von 1945 bis 1949 zum Teil völlig: Galten einzelne Persönlichkeiten zunächst als bekannte "Illegale" und Anhänger des Nationalsozialismus, so wurde dieses Urteil im Laufe der Verfahren zunehmend abgeschwächt.

Einen besonderen Einblick in die Strategie zur Bewältigung des Nationalsozialismus nach 1945 gewähren zum Beispiel die „Interventionsunterlagen“ von SPÖ-Bundesrat Franz Mellich (Bezirk Feldkirch). Er hatte gute persönliche Kontakte zu Innenminister Oskar Helmer und zu Bundespräsident Dr. Theodor Körner. Diese Kontakte nützte er in der Entnazifizierungsphase, um für „Ehemalige“ auf höchster Ebene zu intervenieren. Dies tat er auch für den ehemaligen Vorarlberger Gestapo-Chef Alfons Mäser. Am 25. Juli 1949 schrieb er an den Innenminister:

„Lieber Freund!

Obgenannter hat an Dein Ministerium ein Gesuch wegen Nachlass der Sühnefolgen gerichtet. Die Lokal- und Bezirksorganisation ersucht mich das Gesuch des Mäasers wärmstens zu befürworten. Mäser war vor Eintritt in die NSDAP Mitglied unserer Partei. Als Mitglied der NSDAP hat er sich besonders unseren Leuten gegenüber äußerst taktvoll und hilfsbereit benommen. Mäser hat sich auch nicht bereichert und war wie man im Volksmund sagt, immer ein anständiger Kerl. Ich bitte Dich deshalb das Ansuchen wohlwollend zu behandeln und danke Dir bestens für Deine frdl. Bemühungen. In alter Freundschaft Dein Franz Mellich“.

Zur Erinnerung: Noch vier Jahre zuvor hatte dieser „anständige Kerl“ unmittelbar in einem System mitgewirkt, durch das 115 Vorarlberger und Vorarlbergerinnen in ein KZ eingeliefert wurden beziehungsweise rund 80 Menschen aus politischen Gründen entweder zum Tode verurteilt wurden, in KZs umkamen oder auf der Flucht getötet wurden. Außerdem fielen über 300 Männer und Frauen der Euthanasie zum Opfer!

In der Regel waren im Jahre 1949 die Entnazifizierungsverfahren abgeschlossen, die Wiedereinstellungen in den Landes- oder Gemeindedienst vollzogen, die Fabriken an die „NS-Textilbarone“ zurückgegeben, die ursprünglichen Besitzverhältnisse wieder hergestellt.

Die Erinnerung an den Terror des Nationalsozialismus verschwand nach 1949 fast völlig aus dem öffentlichen Diskurs. Jemand wie die NS-Apologetin Natalie Beer konnte da leicht zur Leitfigur des Literaturschaffens in Vorarlberg werden. Sie liefert ein besonders anschauliches Beispiel für das kulturelle Klima dieser Zeit. Noch 1983, in hohem Alter und mit einer Pension des Landes Vorarlberg ausgestattet, stand sie ungebrochen zu ihrer Hitler-Verehrung und meinte in einem Interview anlässlich der Verleihung der Franz-Michael-Felder-Medaille:

„Hitler war nicht mehr imstande, Leute zu finden, die, so wie er, wirklich das Gute gewollt hätten und getan hätten...“.

Aufklärung durch Zeitgeschichte

Nur sehr vereinzelt setzten sich bis in die Siebzigerjahre Historiker mit der jüngeren und jüngsten Geschichte Vorarlbergs auseinander: Leo Haffners Arbeiten zu antiaufklärerischen Traditionen in diesem Land, die grundlegende Arbeit von Gerhard Wanner zu Kirche und Nationalsozialismus in Vorarlberg sowie die Untersuchung von Norbert Peter zur jüdischen Geschichte von Hohenems und zum lokalen Antisemitismus sind hier hervorzuheben.

Zu Beginn der Achtzigerjahre vollzog sich allerdings ein wesentlicher Umbruch in der Zeitgeschichtsschreibung und in der Forschung zum Nationalsozialismus: Die Johann-August-Malin-Gesellschaft wurde gegründet, die sich in der Folgezeit dieser verdrängten und vergessenen Kapitel der Landes-

geschichte annahm. Ihre Autorinnen und Autoren setzten sich nun kritisch mit der „offiziellen“ Landesgeschichtsschreibung, wie sie durch die Landesregierung von den 1950er bis in die 1980er gefördert worden war und wie sie unter anderem in zahlreichen Heimat- und Jungbürgerbüchern ihren Niederschlag gefunden hatte, auseinander.

Meinrad Pichler gab damals, 1982, die "Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte" heraus. Nachzutragen und aufzuarbeiten gab es vieles: vergessene und verdrängte Kapitel der Arbeiterbewegung, die Beseitigung der Demokratie durch den austrofaschistischen „christlichen Ständestaat“, den landeseigenen Beitrag zur Errichtung der NS-Herrschaft, den heimischen Antisemitismus und die Liquidierung der jüdischen Gemeinde in Hohenems, die Arisierungen, Verfolgung und Widerstand während der NS-Diktatur. Intensive Recherchen, die zur Publikation "Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945" (1985) führten, brachten ein Ausmaß der nationalsozialistischen Verfolgsmaßnahmen und Zahlen ihrer Opfer an den Tag, die bis dahin vollkommen unterschätzt worden waren. Und das damals vorherrschende alemannozentrische Geschichtsbild wurde durch die Untersuchung von Markus Barnay zur „Erfindung des Vorarlbergers“ (1985) als ideologisches, durch und durch interessengeleitetes Konstrukt des 19. und 20. Jahrhunderts deutlich.

Reaktionen – auch negative – blieben nicht aus. Die Heftigkeit der Auseinandersetzung zu Beginn der Achtzigerjahre – so Meinrad Pichler anlässlich einer Veranstaltung zu „20 Jahre Malingesellschaft“ (2002) –

„ist nur dann verstehbar, wenn man bedenkt, dass die Profiteure des Nachkriegsarrangements sich in ihrem persönlichen und politischen Selbstverständnis von Grund auf bedroht sahen. Das umso mehr, als sie der unbegründeten, für sie aber umso bedrohlicheren Annahme waren, die recherchierenden Historiker seien Nazijäger und sie damit einer potenziellen Gefahr ausgesetzt. Dass man sich in erster Linie um den Widerstand, den sie selbst als unbedeutend verdrängt hatten, kümmern könnte, war aus ihrem Sichtwinkel unvorstellbar. Aber auch der konkreten Opfer wollten sie nicht gedenken, weil dieses Gedenken stets auch die Erinnerung an die Täter provozierte. Und selbst für diejenigen, die das Naziregime in Anstand überlebt hatten, waren Widerstandskämpfer und Naziopfer ein wandelnder Vorwurf, die an eigene Inaktivität oder ans Wegschauen gemahnten. Deshalb diese Einigkeit im Schweigen. Doch das Verschwiegene ist gleichsam untot, es drängt an die Oberfläche, es ruft nach Verarbeitung.“

Ein Meilenstein in der Auseinandersetzung um die jüngere Vergangenheit war die Eröffnung des Jüdischen Museums in Hohenems im Jahre 1991. Unterschiedliche Konzepte waren in der Vorbereitung des Museums aufeinandergeprallt: Der wissenschaftliche Leiter Karl Heinz Burmeister hatte sich damals ein Museum des Vorarlberger Judentums mit starker religionsgeschichtlicher Ausrichtung vorgestellt. Das Projektteam um Kurt Greussing setzte andere Akzente. Greussing dazu in einem „Kultur-Artikel“ (Mai 1991): „Das ist das Pech: Man kann in unseren Breiten nicht vom Judentum reden und dabei vom Antisemitismus schweigen.“ Die Forschungsarbeiten von Kurt Greussing, Bernhard Purin, Werner Dreier oder Thomas Albrich haben denn auch den vor Ort propagierten und wirksamen Antisemitismus ausgeleuchtet. Für die österreichische Historikerkommission hat Peter Melichar die in Vorarlberg vorgenommenen „Arisierungen“ eingehend untersucht (2004).

Nicht mehr vergessen: Projekte, Initiativen, Forschungsthemen

Nach einem Vierteljahrhundert Aufarbeitung der NS-Geschichte konnten viele Forschungslücken geschlossen werden. Heute befassen sich jüngere Forscherinnen und Forscher im Hinblick auf die NS-Diktatur vermehrt mit sozialstruktur- und verwaltungsgeschichtlichen Fragestellungen.

Auch Publikationen von Städten und Gemeinden blenden die NS-Zeit nicht mehr aus: Die offizielle „Geschichte der Stadt Dornbirn“ (2002) hat die Geschichte des „braunen Nestes“ adäquat behandelt. Schon 1987 hatten die „Dornbirner Stadt-Geschichten. Kritische Anmerkungen zu 100 Jahren politischer und gesellschaftlicher Entwicklung“ (herausgegeben von Werner Bundschuh und Harald Walser) einen neuen Blick auf die Stadt- und Regionalgeschichte ermöglicht, der durch die Forschungen von Thomas Albrich und Ingrid Böhler (beide Universität Innsbruck) erweitert wurde.

Auch in etlichen Ortsgeschichten wird die NS-Zeit angemessen und kritisch berücksichtigt. Altach (1999) und Mäder (2004) haben in diesem Bereich Maßstäbe gesetzt. Sich der NS-Geschichte vor Ort zu stellen, erfordert von den politisch Verantwortlichen die Bereitschaft, sich auf „heikle Themen“ einzulassen, die oft mit Familiengeschichten zu tun haben. Mitte der Neunzigerjahre war die Bereitschaft dazu noch viel geringer gewesen: Die Ortsgeschichte von Schlins 1850–1950 zum Beispiel, erschienen 1995, führte innerhalb der Gemeinde zu solch heftigen politisch-weltanschaulichen Auseinandersetzungen, dass SP-Bürgermeister Karlheinz Galehr alle seine politischen Funktionen zurücklegte.

Ein besonders kritisches Thema ist bei jeder Ortsgeschichte die Darstellung der „Euthanasie“-Opfer. Denn in vielen Fällen haben die Angehörigen selbst aus Scham oder Angst das Schicksal ihrer verschleppten und ermordeten Angehörigen tabuisiert. Doch auch in dieser Hinsicht lassen sich Veränderungen feststellen. Seit 2007 trägt die „Schule für Sozialbetreuung“ in Götzis den Namen von Kathi Lampert. Im Schulleitbild heißt es dazu:

„Kathi Lampert steht exemplarisch für diese namenlosen Opfer. Mit der Benennung unserer Schule nach einem Opfer wollen wir Licht in dieses Dunkel bringen und das nicht aufgearbeitete Vergehen wach halten. Nicht die Verdrängung, sondern die Erinnerung ist heilsam. Gerade auch in Vorarlberg, wo diese Menschen in unverhältnismäßig hoher Zahl besonders ‚gründlich‘ vernichtet wurden.“

Opfern der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Verbrechen Namen zu geben hat sich auch das Kulturforum Bregenzerwald vorgenommen: Eine Ausstellung im Heimatmuseum Egg (April bis Juni 2008) dokumentierte das Schicksal der über 60 „Euthanasie“-Opfer aus dem Bregenzerwald. Besonders bemerkenswert: Schüler und Schülerinnen des Bundesoberstufenrealgymnasiums Egg, der Hauptschulen Alberschwende, Au, Egg und der Sonderpädagogischen Schule Langenegg haben diese Schicksale im Rahmen eines Unterrichtsprojektes aufgearbeitet. Eine Veranstaltungsreihe gab Einblicke in die NS-Mordmaschinerie. Die wissenschaftliche Begleitung erfolgte durch Wolfgang Weber, den Leiter des Verwaltungsarchivs im Vorarlberger Landesarchiv.

Veranstaltungsreihen wie jene im Bregenzerwald setzen eine Tradition fort, die in den Achtziger- und Neunzigerjahren von Kulturveranstaltern wie dem „Spielboden“ in Dornbirn oder dem „Theater am Saumarkt“ in Feldkirch gepflegt wurde. Veranstaltungszyklen wie „Emigranten“ oder „Nächte im November“ beförderten damals die Diskussion um den heimischen Anteil an der NS-Herrschaft.

Die Bereitschaft, sich auf Themen einzulassen, die auch Abwehr auslösen, ist heute sicherlich größer geworden. Das trifft besonders auf die katholische und die protestantische Kirche zu. Hier ist eine kritische Reflexion der Rolle während der NS-Zeit nicht mehr verpönt: Das nunmehr jährlich durchgeführte „Carl-Lampert-Symposium“ zeugt ebenso davon wie der ökumenische Bodenseekirchentag 2002, in dessen Folge in Bregenz ein Gedenkweg für die Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet wurde.

Jährlich wird nun im Rahmen von „Carl Lampert erinnern“ auch eines jeweils anderen Opfers des Nationalsozialismus oder einer Person im Widerstand gedacht, zum Beispiel 2005 Ernst Volkmanns, 2006 Samuel Spindlers oder 2007 Maria Strombergers.

Diese geänderte Erinnerungshaltung könnte am Beispiel der Ehrung von Maria Stromberger (1899–1957), dem „Engel von Auschwitz“, detaillierter nachgezeichnet werden. In den Achtzigerjahren hatte Harald Walser das Schicksal dieser Krankenschwester, die sich von der Mehrerau nach Auschwitz

versetzen ließ und dort den Widerstand unterstützte, erforscht. Die Anbringung einer Gedenktafel am Gebäude des Sanatoriums Mehrerau (1995) war ein wichtiger symbolischer Akt. Eine Feierstunde im Vorarlberger Landhaus im November 2007, in Zusammenarbeit von Landesregierung und katholischer Kirche, rückte Maria Stromberger in den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit – sie sei eine „Heilige unserer Tage“, hieß es in der Begleitbroschüre zu diesem Gedenkakt.

Stellvertretend für die vielen Schulprojekte der letzten Jahre, die sich mit dem Nationalsozialismus befassen, seien jene am BG Gallus in Bregenz, am BORG Lauterach, am BORG Schoren in Dornbirn, am BG Dornbirn (zum Beispiel der Versuch, die Schule nach Hans Elkan zu benennen) oder am BG Feldkirch herausgegriffen. Ein Blick auf die Homepage von „erinnern.at“ zeigt, wie vielfältig heute die Beschäftigung mit der NS-Zeit auf schulischer Ebene geworden ist. Gerade das Projekt „Erinnern: Nationalsozialismus und Holocaust“, kurz "erinnern.at", das von Werner Dreier und Peter Niedermair betreut wird, ist – im ganzen Bundesgebiet – zu einer Drehscheibe der Wissens- und Informationsvermittlung über Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus geworden. Es will vor allem auch den Transfer von historischem und methodisch-didaktischem Wissen über den Holocaust verbessern. Und das ist sehr nötig: Denn welche Emotionen und öffentlichen Auseinandersetzungen die NS-Zeit immer noch hervorrufen kann, zeigt zum Beispiel die „Vallaster-Debatte“ im Silbertal. Vorarlberger NS-Täter wie Josef Vallaster oder der Kommandant von Treblinka, der Bregenzer Arzt Irmfried Eberl, werfen grundlegende Fragen nach dem historischen Umfeld auf, in dem sie ihre Vernichtungsideo-logie erworben haben.

Natürlich müsste auch der geänderte Themenzugang der diversen Geschichtsvereine, Geschichtswerkstätten und -initiativen im Lande im Einzelnen betrachtet werden: Die Ehrung der Feldkircher NS-Opfer im Jahre 1998 in einem Heft der Rheticus-Gesellschaft gehört ebenso dazu wie diverse Veranstaltungen des „Geschichtsvereins Region Bludenz“. Auch Initiativen wie der „Arbeitskreis für regionale Geschichte und der Pädagogischen Akademie Feldkirch“ müssten angesprochen werden.

Schließlich sind es gerade auch Lokal- und Regionalmuseen, die den Blick auf die Landesgeschichte durch die Beschäftigung mit der NS-Zeit korrigiert haben. Drei seien herausgegriffen: das Stadtmuseum in Dornbirn (Werner Matt), das Heimatmuseum in Schruns (Andreas Rudigier) und das Klostertal-Museum (Christoph Thöny), das im Jahre 2003 die „Anne-Frank-Ausstellung“ gezeigt und die „NS-Herrschaft am Land Beispiel des Klostertals“ aufgearbeitet hat. Eine Geschichtswerkstatt wie jene im Silbertal (unter der Leitung von Bruno Winkler) ergänzt das Bild.

Zentrale Fragen zur Kultur der Erinnerung an die NS-Zeit bleiben dennoch offen: Auf vielen Vorarlberger Kriegerdenkmälern wird der von den Nationalsozialisten gewollte und begonnene Aggressionskrieg gegen Ost- und Westeuropa immer noch als Krieg zur Verteidigung des Vaterlands vorgestellt – und damit in unverantwortlicher Weise beschönigt. Als Beispiel sei die Inschrift auf dem Lauteracher Kriegerdenkmal angeführt, wo es heißt: *“Die fürs Vaterland gefallenen Helden”*.

Vorhandene Ressentiments gegenüber einer kritischen Befassung mit Krieg und deutscher Wehrmacht zeigten sich vor einigen Jahren beim Versuch, die so genannte „Wehrmachtsausstellung“ nach Vorarlberg zu bringen. Es gelang nicht, die überarbeitete Version im Land zu zeigen. Im Jahre 2001 löste sich die Betreiberplattform schließlich auf.

Andererseits wurden Bemühungen in verschiedenen Gemeinden, Steine oder Tafeln des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus anzubringen, seit dem so genannten "Bedenkjahr" 1988 verstärkt. Die jeweiligen Initiativen erzielten allerdings je nach der politischen Situation auf lokaler Ebene unterschiedliche Ergebnisse. Die 1990 veröffentlichten Forschungsarbeiten von Gernot Kiermayr-Egger über die Landesnervenheilstation Valduna und die heimischen „Euthanasie“-Opfer trugen zum Beispiel insofern Früchte, als Landeshauptmann Purtscher noch im selben Jahr eine Gedenktafel enthüllte. 20 Jahre dauerten die Bemühungen allerdings, bis im Jahre 2002 endlich am Geburtshaus von Johann August Malin eine Tafel zum Gedenken an seine Hinrichtung im Jahre 1942 angebracht werden konnte. Die Anstrengungen zur Errichtung eines Gedenksteins für die Opfer des National-

sozialismus dauerten in Dornbirn immerhin noch fünf Jahre – von 1988 bis 1993. Problempunkte bei der Diskussion um den Gedenkstein in Dornbirn waren die Berücksichtigung hingerichteter Deserteure und die Angst davor, dass auch Homosexuelle unter die Opfer gezählt würden.

Diese beiden Kategorien von Opfern der NS-Herrschaft sind bis heute umstritten. Doch allmählich steigt die Akzeptanz. Die Seligsprechung von Franz Jägerstätter durch die katholische Kirche im Jahre 2007 markierte eine Trendwende, wie auch das Beispiel von Ernst Volkmann zeigt. Der strikte Kriegsgegner Ernst Volkmann – ein Vorarlberger "Jägerstätter" – hatte sich aus Gewissensgründen geweigert, den Fahneid auf die deutsche Wehrmacht zu leisten und wurde deshalb zum Tode verurteilt. Sein Name scheint jedoch unkommentiert auf dem Bregenzer Kriegerdenkmal unter den Gefallenen des Zweiten Weltkrieges auf. So wurde aus dem Verweigerer Ernst Volkmann nach 1945 ein „deutscher Soldat“. Seit September 2007 erinnert eine – allerdings äußerst bescheiden geratene – Gedenktafel an der Außenwand der St. Gallus-Kirche in Bregenz an seine tatsächliche Haltung.

Was in diesem Lande bis heute noch fehlt, ist ein „Deserteurdenkmal“. Männer wie August Weiß (Jg. 1921), die in einer verbrecherischen Wehrmacht nicht dienen wollten, waren in der Nachkriegsgesellschaft geächtet – erst in jüngster Zeit wird ihre moralische Haltung vermehrt anerkannt.

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass im öffentlichen Bewusstsein bisher die Erinnerung an die „passiven“ Opfer der NS-Herrschaft stärker verankert ist als die Erinnerung an jene, die aktiv Widerstand geleistet haben. Zu ihnen gehören beispielsweise auch jene, die unter dem Einsatz ihres eigenen Lebens Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen geholfen haben.

Im Juni 2008 besuchte eine Delegation mit ehemaligen Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen aus Rowenki (Ostukraine) das Land: Und dieses Mal mauerten auch die Illwerke nicht mehr so wie in den beiden Jahrzehnten zuvor. Ab September 2008 soll in der St. Barbara-Kapelle bei der Silvretta-Staumauer eine Gedenktafel an die Zwangsarbeiter/innen und ihre Opfer erinnern. Auch dies ist ein Zeichen für eine geänderte Erinnerungskultur.

Einen Lackmustest für den Umgang mit der NS-Zeit in diesem Lande wird schließlich das Vorarlberger Landesmuseum zu bestehen haben, das in den kommenden Jahren neu eingerichtet werden soll und dabei auch eine Zeitgeschichte-Abteilung erhalten wird. In welcher Form wird es die Geschichte der NS-Zeit darstellen? Werden jene Fortschritte, die in den letzten 25 Jahren bei der historischen Aufarbeitung der Thematik gemacht wurden, sichtbar werden? Oder wird nach wie vor gelten, was Meinrad Pichler 1982 in den „Nachträgen zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte“ formuliert hat:

„Die Tendenz, sich und die eigenen Verhältnisse zu verklären und zu belobigen, ist der Vorarlberger Geschichtsschreibung nicht neu. Dass bei besonders negativen Erscheinungen eigene Schuld gerne an fremde Verursacher abgeschoben wird, dafür ist die Darstellung der nationalsozialistischen Zeit ein äußerst prägnantes Beispiel.“